

P R E S S E M I T E I L U N G

Unterrichtsversorgung im Wahlkreis

Gabriela Kohlenberg: Es ist verständlich, dass das Kultusministerium auf Möglichkeiten hinweist, wie mit einer Unterversorgung an Lehrkräften umzugehen ist.

Kohlenberg: Festzuhalten ist: Selbst wenn kein Pflichtunterricht nach Stundentafel ausfällt, dann fallen Arbeitsgemeinschaften oder zusätzliche Angebote der Schule aus. Das können zum Beispiel die Stunden sein, die den Gymnasien zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, um besonders lernstarke Schüler zu unterstützen, die weiterhin gern das G8 absolvieren wollen. Auch die Teilung von Lerngruppen in Fächern wie zum Beispiel Mathematik kann dann nicht mehr stattfinden, um Schüler bei Bedarf besonders zu fördern.

Schuleigene Vertretungskonzepte zum Beispiel über schulinterne Arbeitszeitkonten, wie sie gerade in diesem Jahr besonders häufig zum Einsatz kommen, sind keine langfristige Lösung des Problems. Die Stunden, die Lehrer aktuell zusätzlich freiwillig ableisten, werden dann zwar nicht sofort, aber in den Folge-Schuljahren fehlen. Auch fachfremder Unterricht wird dadurch wahrscheinlicher (das heißt, eine Lehrkraft unterrichtet in einem Fach, das sie nicht studiert hat – keine optimale Lösung).

Die Möglichkeit der Anforderung von Vertretungslehrkräften bei der Landeschulbehörde wird immer genannt und die Ressourcen bzw. Lehrerstunden werden den Schulen auch zur Verfügung gestellt – die Frage ist allerdings, ob die Schule auch eine geeignete qualifizierte Lehrkraft für diese freie Stelle findet.

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Schulsystem. Der Philologenverband Niedersachsen hat in einer Pressemitteilung am 10.2.2016 die Situation wie folgt beschrieben: „Die 99,8 Prozent durchschnittliche Unterrichtsversorgung an den Gymnasien könnten nur für Ignoranten und Nichtkenner der Materie beruhigend sein.“

„Der Verband erinnerte auch zu recht daran, dass die Ministerin in ihrer Oppositionszeit als schulpolitische Sprecherin der SPD sogar Unterrichtsversorgungen von über 100 Prozent heftig kritisiert und als völlig unzureichend bezeichnet hatte,“ so Kohlenberg abschließend.